

Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. II, S. 349—356 | Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten

3. Juni 1919

Die Verlängerung der Patentdauer.

Wie bereits früher mitgeteilt¹⁾, hat am 19./2. im Reichsjustizministerium die Besprechung eines von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurfes über die Verlängerung der Patente stattgefunden. Mit Ausnahme einer bestimmten Gruppe von Industriellen sprach sich die überwiegende Mehrheit für die Verlängerung der Patentdauer und die Wiederbelebung im Kriege verfallener Patente aus. Gegen alles Erwarten ist nun durch eine von dem W. T. B. verbreitete amtliche Zeitungsnotiz Ende März mitgeteilt worden, daß der Reichsjustizminister sich entschlossen habe, von einer Verfolgung des Planes abzusehen.

Durch die von dem Ministerium auf verschiedene Anfragen hin ergangenen Antworten ist inzwischen einiges über die Gründe für den Standpunkt der Regierung bekannt geworden. Keiner dieser Gründe ist jedoch durchschlagend. Wenn geltend gemacht wird, daß man Abstand nehme, eine einseitige Begünstigung desjenigen Teiles der Bevölkerung, der im Besitz gewisser Schutzrechte ist, eintreten zu lassen, während andere Teile gleich stark oder noch stärker unter den wirtschaftlichen Folgen des Krieges gelitten hätten, ohne daß ihnen von Staats wegen geholfen werde, so kann dies nicht überzeugend wirken. Denn erstens ist es nicht richtig, daß man anderen durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Kreisen der Bevölkerung nicht geholfen habe; zweitens aber würde immer noch kein Grund vorliegen, zu sagen, wenn man nicht allen Schäden abhelfen könne, so wolle man überhaupt keinem abhelfen.

Die Berufung darauf, daß die Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit des Verlängers in der Sitzung vom 19./2. nicht übereinstimmend bejaht worden sei, kann ebensowenig die ablehnende Haltung des Justizministers rechtfertigen. Wenn man bei jedem Gesetze immer die Einstimmigkeit aller in Betracht kommenden gesetzgeberischen oder wirtschaftlichen Kreise verlangen wollte, dann könnte man überhaupt keine Gesetze mehr erlassen.

Kümmert sich im übrigen etwa unsere heutige Regierung stets um den Widerspruch gesetzgebender Kreise und der Bevölkerung bei ihren Maßnahmen? Erleben wir es nicht, daß gesetzgeberische Maßnahmen getroffen werden, die man noch mit viel mehr Recht als „gesetzgeberische Proben“ bezeichnen könnte als die Gewährung der Patentverlängerung?

Etwaige Ausfälle in den Einnahmen des Patentamtes — falls sie, was noch sehr zweifelhaft ist, überhaupt eintreten sollten — dürften in dieser Angelegenheit keine Rolle spielen. Der fiskalische Standpunkt hat hier zurückzutreten gegenüber dem höheren Interesse, der Förderung der deutschen Technik und des verstärkten Schutzes für die geistige Arbeit.

Die Rücksicht auf das Ausland und eine etwaige Beeinträchtigung deutscher Interessen gegenüber denen des Ausländers würde schließlich durch eine gesetzliche Bestimmung über die Gegenseitigkeit vermieden werden können, wie es bei anderen Gesetzen auch geschehen ist.

In den Kreisen der technischen Berufsstände hat die Stellungnahme des Reichsjustizministers großes Befremden erregt, das lebhaften Ausdruck in einer Versammlung gefunden hat, die der Bund technischer Berufsstände am 24./4. abgehalten hat²⁾. Herr Patentanwalt Dr. Wiegand faßte in überzeugenden, durch zahlreiche Beispiele aus dem praktischen Leben unterstützten Ausführungen die Gründe zusammen, die für die Verlängerung der Patentdauer sprechen, und widerlegte zutreffend den Standpunkt der Gegner einer solchen Maßnahme. Die Versuche des Vertreters des Reichsjustizamtes, Herrn Geheimrats von Specht, die Stellungnahme der Regierung zu verteidigen, fanden durchaus keinen Anklang in der Versammlung. Sämtliche Redner stimmten vielmehr voll und ganz der Auffassung des Herrn Dr. Wiegand zu. Einstimmig gelangte folgende Entschlußung zur Annahme:

„Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit gegenüber den Kriegsteilnehmern und sonstigen durch den Krieg Geschädigten, daß Patente und Gebrauchsmuster um die Kriegsdauer ohne Gebührenzahlung verlängert werden.“

Regierung und Nationalversammlung sind zu ersuchen, diesbezügliche gesetzliche Bestimmungen unverzüglich zu erlassen.“

Man wird gespannt sein dürfen, wie sich die Regierung nun dieser abermaligen und diesmal einstimmigen Äußerung deutscher Techniker und Sachverständiger gegenüberstellt. DL

¹⁾ Angew. Chem. 32, I, 94 und II, 308 [1919].

²⁾ Vgl. den ausführlichen Bericht in Nr. 17 der Mitteilungen des Bundes technischer Berufsstände.

Die chemische Industrie, schweizerische Exportverkehre und wir.

Zu jenen technischen Industriezweigen, welche die besondere Fürsorge der schweizerischen Fabrikanten, Wirtschaftskörper und Regierungsstellen genießen, gehört die chemische Industrie, die eine ganz besondere Stellung im schweizerischen Erwerbsleben einnimmt. Besonders im Ausfuhrhandel wird schweizerischerseits darauf gesehen, die Erzeugnisse der chemischen Industrie so reichlich und ausgiebig als nur möglich abzusetzen.

Im Hinblick auf die Stellung unserer eigenen chemischen Industrie werden alle jene Maßnahmen, die von unseren Konkurrenten ausgedacht werden, um ihre Stellung auf den internationalen Konsummärkten zu stärken, auch unsere besondere Aufmerksamkeit verdienen.

Die schweizerischen Ausfuhrinteressenten und Fabrikanten haben sich zusammengetan, um die Möglichkeit der Gründung eines Ausfuhrverbandes zu prüfen, eines Verbandes, der nach außen die schweizerischen Interessen derart vertreten soll, daß der internationale Wettkampf die schweizerischen Unternehmungen als geschlossenes Ganzes findet, somit eine Konkurrenz unter den schweizerischen Werken zu entfallen hätte oder, wie sich der schweizerische Prospekt ausdrückt, es unmöglich gemacht werden soll, einem anderen schweizerischen Kaufmann in den Rücken zu fallen. Neu ist ja der Gedanke nicht. Er ist deutscherseits bereits gründlich untersucht worden, und es hat sich herausgestellt, daß es sich hier um einen Blinder handelt, um eine Sache, die den besten Eindruck im ersten Augenblick hinterläßt, aber bei praktischer Durchführung auf enorme Schwierigkeiten stößt, durch die der Wert der ganzen Einrichtung erheblich herabgedrückt wird.

Auch die Idee, den ausländischen Vertretungen und Agenturen des schweizerischen Ausfuhrverbandes eine Verkaufsorganisation beizugeben, die gegen Provision die schweizerischen Erzeugnisse vertreibt oder hierauf Aufträge entgegennimmt, hat sich als fast unmöglich erwiesen, weil hierbei Konkurrenzrücksichten interner Natur so stark hervortreten, daß Geschäfte größeren Genres auf dieser Basis als undurchführbar erscheinen.

Da es sich in der Hauptsache um technische Industrien handelt, spielt der Leiter der ausländischen Vertretung und Agentur eine wichtige Rolle. Man beabsichtigt schweizerischerseits, nur kommerziell ausgebildete Ingenieure an die Spitze der ausländischen Filialen zu setzen, ein Versuch, der bekanntlich auch vor dem Kriege deutscherseits bereits verwirklicht worden ist, ohne daß man dabei Gelegenheit gehabt hätte, die wesentlichen Vorteile festzustellen, die man sich von dieser Reform versprochen hatte.

Der schweizerische Ausfuhrverband soll mit reichlichen Mitteln ausgerüstet werden. Es ist im ersten Augenblick und auch später bei näherer Prüfung nicht zu sehen, weshalb dies notwendig ist, denn da die ausländischen Niederlassungen doch zumeist im Wege der Provision arbeiten sollen, erscheint die Festlegung von großen Kapitalien im Exportverband wenig angebracht schon deshalb, weil — will man im Wege von Mitgliedsbeiträgen dieses Kapital hereinbringen — die Beiträge so hoch gehalten werden müssen, daß wieder nur eine Auslese der schweizerischen Firmen in der Lage wäre, dieser Bedingung zu entsprechen; damit wäre das ganze Unternehmen auf eine schmale Basis gebracht und dem Vorwurf von seiten mittlerer Firmen ausgesetzt, daß ihre Interessen den kommerziellen Aussichten der Großindustrie nachgesetzt werden.

Daß das schweizerische Projekt mit nationalen Motiven ausgeschmückt wird, ist weiter nicht verwunderlich, doch fragt es sich, ob es sich in der Praxis ermöglichen ließe, überall im Auslande und in den Überseestaaten die Agenturposten mit schweizerischen Staatsangehörigen zu besetzen; denn von diesen Herren werden ja noch andere Qualifikationen verlangt werden müssen, als da sind: Platzkenntnisse, Sprachkenntnisse, Vertrautheit mit den betreffenden Erzeugnissen usw. Ganz besonders im Hinblick auf die chemische Industrie wird es sich kaum machen lassen, daß eine ausreichende Zahl schweizerischer Persönlichkeiten gefunden werden könnte, die die großen technischen Ansprüche, die an die Leiter ihrer großen ausländischen Filialen gestellt werden, erfüllen.

Faßt man also alle Anregungen, wie sie jetzt neuerdings von schweizerischer Seite vorgebracht werden, zusammen, so kommt man zu dem Resultat, daß es sich im wesentlichen um Ideen handelt, die bereits deutscherseits besprochen, geprüft und zum Teil verwirklicht worden sind.

Für den Erfolg im Ausfuhrgeschäft sind aber in der Hauptsache die Erfahrung und die persönlichen Qualitäten des im Heimatlande an der Spitze des Unternehmens stehenden Leiters maßgebend. Gerade in dieser Beziehung hat unsere deutsche Exportwelt sich vor dem Kriege so leistungsfähig, so durchschlagend erwiesen, daß wir die Hoffnung haben dürfen und können, wir werden auch nach dem Kriege in allem, was die chemische Industrie betrifft, wohl in der Lage sein, jene Position wiederzugewinnen, die wir vor dem Kriege innehatten, trotz aller Erschwernisse, die uns zweifellos von der Entente und von unserer Konkurrenz in den Weg gelegt werden.

E. L.*

Gesetzgebung.

(Zölle, Steuern, Frachten, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.)

Vereinigte Staaten. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat das Ausfuhrverbot und den Höchstpreis für Silber aufgehoben. (Bericht der Deutschen Gesandtschaft in Stockholm.) ar.

Japan. Die Ausfuhr nachstehender Chemikalien ist nur mit besonderer Genehmigung erlaubt: Morphin, Opiumalkaloide und daraus hergestellte Präparate, Cocainhydrochlorid, Chininsulfat und Hydrochlorid, Antipyrin, Pyramidon, Thymol, Santonin, Guajacolecarbonat, Radix Scopoliae, Sandelöl und Farnwurz. Hh.

Spanien. Laut Verordnung vom 7./3. 1919 ist der für silberhaltiges Bleifestgesetzte Ausfuhrzoll vom 9./3. bis zum 31./5. 1919 aufgehoben worden. („Gaceta de Madrid“ vom 8./3. 1919.) dn.

Schweiz. Mit Wirkung vom 25./3. 1919 ist die Verfügung vom 3./4. 1918 (s. a. Angew. Chem. 31, III, 189 [1918]), betreffend die Bestandaufnahme von Metallen, deren Gewinnung und Verarbeitung sowie der Handel mit solchen, ausgenommen für Neuzinn, Nickel und Zinkblech, aufgehoben. (Nachrichten 106, 1919.) on.

Niederlande. Die Handels- und Verkehrsbeschränkungen für Soda, Glaubersalz, Bittersalz, Benzol, Casein sind aufgehoben. Für Borax und Borsäure bleiben sie aber vorläufig noch in Kraft. Hh.

Finnland. Das Ausfuhrverbot für Grubenholz, Latten, Brennholz, Papier, Holzpappe und Holzmasse ist aufgehoben worden. In Geltung geblieben ist dagegen das Ausfuhrverbot für Eisenbahnschwellen und Papierholz. („Stockholms Dagblad.“) ar.

Tschechoslowakischer Staat. Das Handelsministerium hat die Eisenkommission aufgehoben, so daß der Handel mit Eisen und Eisenwaren vollkommen freist. („Neue Freie Presse“ vom 13./5. 1919.) dn.

Deutschland. Durch Verfügung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung vom 9./5. 1919 ist die Ermächtigung der Zollstellen vom 20./2. 1919, die Ausfuhr von lichtempfindlichem photographischen Papier, auch Lichtpauspapier, ohne Ausfuhrbewilligung zuzulassen, aufgehoben worden. (Nachrichten 106, 1919.) on.

Wirtschaftsstatistik.

Nach amerikanischen Zeitungen wird der **Fehlbetrag Deutschlands an Baumwolle** auf ungefähr 4,5 Mill. Ballen (zu je 500 amerikanischen Pfund) geschätzt. Zu Beginn des Krieges besaß Deutschland etwa 500 000 Ballen (roh und bearbeitet). Der Verbrauch betrug jährlich 2 Mill. Ballen. (W. St.) Gr.

Für die **Fettvorräte in den Vereinigten Staaten** gibt der frühere Chef der Abteilung für Fette und Öle im New Yorker „Journal of Commerce“ vom 20./2. folgende Zahlen (in Millionen lbs.) an für 1./1. 19 (1./1. 18) Baumwollöl 276 (285); Kokosnußöl 196 (48); Sojabohnenöl 152 (23); Kopra 124 (90); Schmalz 85 (64); Talg 73 (71); Schmierfette 84 (32); Oleo-Öle 16 (41); Stearin 17 (4). Gr.

Philippinen. Außenhandel im Jahre 1918. Der Außenhandel stand einem dem United States Bureau of Insular Affairs of the War Department zugegangenen Bericht zufolge im Jahre 1918 noch unter dem Zeichen der hohen Kriegspreise. Der Wert der Einfuhr betrug 98 599 212 Doll. oder 50% mehr als im Kalenderjahr 1917, der Wert der Ausfuhr erhöhte sich von 95 604 307 Doll. im Vorjahr auf 135 682 536 Doll. An der Einfuhr waren die Vereinigten Staaten mit etwa 60% beteiligt, von der Ausfuhr gingen etwa zwei Drittel dorthin. Die Ausfuhr von Hanf verdoppelte sich ungefähr gegen das Vorjahr; es wurden 166 596 long t im Werte von 58 191 550 Doll. (etwa 11 Mill. Doll. mehr als im Vorjahr) ausgeführt. (Board of Trade Journal vom 10./4.) dn.

Der Außenhandel Algeriens im Jahre 1918. Wie „La Politique“ (Paris) vom 1./4. berichtet, betrug der Spezialhandel Algeriens im Jahre 1918 1 322 891 000 (1 257 540 000) Fr. Auf die Einfuhr des Jahres 1918 entfielen 613 Mill. Fr., auf die Ausfuhr 708 934 000 Fr. ar.

Übersichtsberichte.

Der Reichtum an Erdöl in Mexiko. Die Erdöllager Mexikos erstrecken sich über eine Oberfläche von 607 000 qkm, d. h. über bedeutend mehr als ganz Frankreich. Hiervon wird augenblicklich nur ein ganz verschwindender Teil, nämlich etwa 8000 qkm, ausgebeutet, und zwar mit einer täglichen Menge von 1 330 000 barrells. Da die Verwendung von flüssigen Feuerungsmitteln von Tag zu Tag steigt, so besitzt Tampico, das Zentrum des Erdölgebietes, günstigere Entwicklungsmöglichkeiten als Vera Cruz, obwohl diese Stadt sonst als Ein- und Ausfuhrhafen bedeutend größere Vorteile aufweist. Tampico ist durch die Erdölindustrie in wenigen Jahren eine Stadt von 50 000 Einwohnern geworden. Trotz der beschränkten Lagerungs- und Transportverhältnisse hat Mexiko im Jahre 1917 7 Mill. t Erdöl (1918 10 Mill. t) geliefert. („L'Information vom 30./4.“) U.

Die schwedische Textilindustrie im Jahre 1918. Schwedens Textilindustrieverband gibt eine Übersicht über die Schwierigkeiten, unter denen die Textilindustrie im Jahre 1918 zu leiden hatte. Die Schwierigkeiten sind hauptsächlich der mangelnden Einfuhr von Textilrohstoffen zuzuschreiben. Während die Baumwollenindustrie mit ihren, laut Handelsabkommen mit der Entente eingeführten 7000 t Rohstoffe verhältnismäßig glücklich daran war, war die Wollen- und Juteindustrie sehr viel schlechter gestellt. Die Wollenindustrie hat nach dem Handelsabkommen im ganzen nur 400 t Rohstoffe erhalten, während der normale Verbrauch sich auf 12 000 t beläuft. Die Juteindustrie hat im Laufe des Jahres überhaupt keine Rohstoffe erhalten. Die Leinen- und Hanfindustrie hat trotz der politischen Spannung zwischen Schweden und Sowjet-Rußland 2310 t Flachs und 360 t Hanf aus Rußland erhalten. Die dem Verband angeschlossenen Mitglieder haben sich von 125 auf 127 erhöht. Die von ihnen vertretene Arbeiterzahl ist jedoch von 25 920 auf 24 618 zurückgegangen. (Svensk Handelstidning vom 25./4.) dn.

Marktberichte.

Salpeterpreise. Der Verband chilenischer Salpetererzeuger in Valparaiso hat beschlossen, auf die Grundpreise von 10¹/₁₂ sh. für Rohsalpeter und von 10¹/₃ sh. für raffinierten Salpeter für den spanischen Zentner von 46 kg im chilenischen Hafen folgende Rabatte zu gewähren: bei Verträgen auf Lieferung zwischen 1. und 15./5. 1919 1 sh., zwischen 16./5. und 15./6. 3 sh., zwischen 16./6. und 15./7. 2 sh., zwischen 16./7. und 15./8. 1 sh. Durch diese Rabatte soll einer Überfüllung der Häfen in gewissen Monaten vorgebeugt werden. Die Daten verstehen sich für den Beginn der Ladung, nicht für die Abfahrt der Schiffe. („Sole“ vom 1./5. 1919.) Ec.*

Zur Lage des englischen Drogen- und Chemikalienmarktes (20./5.). An den englischen Märkten ist ein gewisser Umschwung eingetreten, seitdem sich greifbare Aussichten auf Frieden bieten. Wie dieser Frieden aussehen wird, darüber macht man sich in englischen Handelskreisen zunächst wenig Sorge. Für ausfuhrfähige Waren hofft man nach Friedensschluß auf alle Fälle am Festlande günstigeren Absatz zu finden, während andererseits einzuführende Artikel nach Friedensschluß wieder leichter hereinkommen werden. In einsichtigen englischen Handelskreisen verheißt man sich jedoch nicht, daß dies nur dann der Fall sein kann, wenn uns bald wieder Rohstoffe in genügender Menge geliefert werden. Begründete Aussicht auf baldige erweiterte Ausfuhrgelegenheit ließ die Preise an den englischen Märkten wiederholt anziehen. Das war vielfach mit Gewürzen der Fall. Die Marktlage zeigte gegen den Bericht in Nr. 35 ein vollständig verändertes Aussehen. Namentlich vorrätige Ware war gut gefragt und erzielte durchweg ansehnliche Preiserhöhungen. Agar-Agar kostete den früheren Preis von 2 sh. 3 d für 1 lb, gelegentlich wohl auch etwas weniger. Von Enzianwurzeln zeigte sich etwas mehr Angebot zum Preise von 60 sh. der Zentner. Die Preise für Senegawurzeln beliefen sich auf 5 sh. 7¹/₂ d bis 5 sh. 10¹/₂ d das lb. Ipecacuanha interessierte die Käufer etwas mehr als früher und erzielte infolgedessen etwas höhere Preise. Anis verschiedener Herkunft kostete 80—80 sh. der Zentner. Japancamphor konnte sich bei besserer Nachfrage etwas befestigen und notierte schließlich 9 sh. 3 d das lb. Für Borax wurden im großen und ganzen die früheren Preise verlangt, und zwar 40—42 sh. der Zentner. Die Preise für Säuren gaben auf größeres Angebot vom Auslande meist etwas nach. Oxalsäure fiel von 1 sh. 4 d auf 1 sh. 3 d. Weinsäure von 3 sh. 5 d auf 3 sh. 3 d für das lb. Auch Citronensäure war etwas billiger, obwohl das verbündete Ausland dringenden Bedarf in London zu decken suchte. Vorrätige Ware kostete 4 sh. 4 d, früher jedoch 4 sh. 5 d das lb. Die Preise von Cremortartar konnten sich nach ansehnlichen Ermäßigungen später gut erholen. Es werden weitere Preiserhöhungen erwartet. Vorrätige Ware, 99—100%, kostete 250—255 sh. der Zentner. Kautschuk schloß nach einigen Umsätzen ruhig aber stetig und zum Teil etwas höher. Für Parasorten je nach Lieferfrist und Beschaffenheit bewegten sich die Preise zwischen 2 sh. 1¹/₂ d bis 2 sh. 5 d das lb. Die Preise für Balsam schlossen durchweg niedriger. Tolubalsam war trotz geringer Vorräte zu 5 sh. 9 d bis 6 sh., Copaibabalsam zu 4 sh. 3 d und Perubalsam zu 16 sh. bis 16 sh. 3 d für das lb,

am Londoner Markt käuflich. Für Aloe bedangen die Verkäufer je nach Herkunft verschiedene Preise. Aloe, Cap, notierte bis 55 sh. und ostindische bis 100 sh. der Zentner. Chinesische Rhubarberwurzeln bedangen 2—3 sh. das lb. Alaun konnte sich zum Teil etwas befestigen. Stückware notierte 20—21 und gemahlene Ware 21—22 Pfd. Sterl. für die t. Der Preis für Kupfervitriol ist nach und nach auf 48—50 Pfd. Sterl. für die t gesunken. Ammoniak bedang die früheren Preise, und zwar $6\frac{1}{2}$ —7 d für das lb. kohlen-saures und 16—16 Pfd. Sterl. 10 sh. für die t schwefel-saures. Chlorsaures Kalium am Londoner Markt zu 1 sh. 6 d bis 1 sh. $7\frac{1}{2}$ d und blausaures zu 2 sh. bis 2 sh. $8\frac{1}{2}$ d das lb. um. Der Preis für Natriumbicarbonat betrug wie früher 12 bis 13 Pfd. Sterl. die t ab London Hafen. Japanwachs war wiederum etwas billiger angeboten. Vorrätige Ware kostete 60 sh. der Zentner. Schellack hat sich gut befestigt. Nach wiederholten Preiserhöhungen schloß T. N. Orange, vorrätig, mit 230 sh., Mai/Juni mit 205 sh. der Zentner. Die Stimmung für Bromerzeugnisse konnte sich gut behaupten. Der Preis für Bromnatrium betrug 2 sh. 6 d und für Bromkali bis zu 3 sh. das lb. Borsäure lag eher zugunsten der Käufer. Krystallisierte Ware kostete 72 sh. 6 d und pulverisierte 75 sh. der Zentner. Soda, kryst., für die Ausfuhr, neigte mit etwa 130 sh. die t nach unten. Milchsucker schloß niedriger. Vorrätige Ware war in London zu 1 sh. 6 d bis 1 sh. $7\frac{1}{2}$ d das lb. käuflich. Der Preis für Benzoesäure ermäßigte sich auf 6 sh. 6 d, und Carbonsäure, 39/40°, kostete $4\frac{1}{2}$ d das lb. Für Salmiak in Stücken betrug der Preis etwa 80 sh., für Arsenik 200 sh. die t. Ätherische Öle schlossen teils etwas niedriger, teils jedoch auch etwas höher. Citronenöl stellte sich auf 4 sh. 3 d, Bergamottöl auf 22—23 sh. für das Pfund. —m.**

Drogen, Vegetabilien, Chemikalien (20/5. 1919.). Unsere Herstellungsfähigkeit, die ohnehin sehr gesunken ist, war im Berichtsabschnitt durch die Folgen des Streiks der Bergarbeiter weiter erheblich beeinträchtigt. Zu dem nun schon lange andauernden Mangel an Rohmaterialien kommt der Mangel an Brennstoffen, der noch längere Zeit nachwirken wird. Würde ein erträglicher Friede bald geschlossen, was immerhin im Bereich der Möglichkeit liegt, so würde es mit der Ausfuhrfähigkeit unserer chemischen Industrie in der Tat schlecht bestellt sein. Die Marktlage für die hier in Frage kommenden Erzeugnisse war nie so unklar als im jetzigen Augenblick und hat daher sowohl die Käufer als auch die Verkäufer in ihrer Mehrzahl veranlaßt, die weitere Entwicklung der Dinge ruhig abzuwarten. Wenn auch während des Berichtsabschnittes die Preise einzelner Warengattungen der unklaren Friedensaussichten wegen vielleicht etwas höher lagen, so dürfte es mit den Phantasiepreisen doch wohl endgültig vorbei sein. Mag der Friede aussehen, wie er will, der Weltmarkt braucht uns als Abnehmer, die Lieferantenkreise werden schon eine Verbindung mit uns herzustellen verstehen. An der Grenze der feindlichen und neutralen Länder warten große Posten Waren auf Aufhebung der Blockade, um zu uns gelangen zu können. Infolge der Unklarheit der Friedensaussichten ist der Gewürzmarkt etwas in Unordnung geraten insofern, als neben billigeren Preisen auch höhere Forderungen erscheinen. Letztere zu bewilligen, liegt nun in der Tat keine Veranlassung vor, noch weniger aber, Höchstgebote abzugeben, wenn die Verkäufer es unterlassen, Preise zu nehmen. Für Pfeffer forderte der Handel Preise von 70—100 M, für Zimt 110—150 M und Pimentkörner 28—35 M das kg. Etwas Leinsamen war mit 6 M das kg und Coriander mit 4 M das kg bewertet. Feldkümmel war den Verkäufern 3,75, Faulbaumrinde, geschnitten, 3,75—4,25, Baldrian, geschnitten, 8—8,25 M, Zimtkraut etwa 3 M und Majoran, gerebbelt, bis zu 12 M das kg wert. Rein gem. Ingwer bedang einen Preis von etwa 50 M, Cassia, gem., etwa 80 M das kg. Das Angebot auf Kunstzimt war vielfach größer. Die Verkäufer wollen ihre Vorräte vor Friedensschluß offenbar abstoßen. Für Nelken, ganz und gemahlen, stellten die Verkäufer Forderungen von 70 und 60 M das kg. Der Preis für Vanillin ist nach und nach auf etwa 1050 M für das kg gesunken, für Carrageenmoos mit etwa 45 M jedoch ziemlich unverändert geblieben. Quillajarinde in kleineren Packungen war von verschiedenen Seiten angeboten. Pulverisierte Ware würde etwa 45—47,50 M kosten. Die Preise in den Angeboten für Chemikalien lagen im großen und ganzen in den früheren Grenzen, die natürlich selbst unter Berücksichtigung der heutigen Verhältnisse viel zu weit gesteckt sind. Die Möglichkeit eines empfindlichen Rückschlages ist immer gegeben, auch wenn der Friede zunächst nicht unterzeichnet wird. Für Reistärke forderte der Handel sehr verschiedene Preise, im allgemeinen 60—70 M für das kg. Bora-x scheint mehr nach der Seite der Käufer zu neigen, da sich die bisherigen Preise als zu hoch erwiesen. Unverfälschte Ware ist den Abgebern heute 30—33 M für das kg wert. Etwas Borsäure würde vielleicht zu 45—48 M das kg abgegeben werden. Käufer von Carbolium, ölige Friedensware, werden zu 42—46 M die 100 kg zurechtkommen. Salmiakgeist, technisch rein, 0,910, kostet nach wie vor 67 M die 100 kg. Weinsäure war etwas billiger angeboten, und zwar zum Preise von 30 M und darüber das kg. Für Citronensäure brauchen mehr als 53 M das kg wohl nicht angelegt zu werden. Ätznatron und Pottasche sind sehr gesuchte Artikel. Der Preis für Ätznatron, 128°, betrug bei

größeren Bezügen bis zu 400 M und für Pottasche bis zu 275 M für 100 kg ab Station. Dextrin richtete sich im Preise nach Farbe und Beschaffenheit und notierte hiernach 8—11 M für das kg. Zinkweiß, für Außenanstrich geeignet, soll zu 250 M für 100 kg abgegeben werden. Vor kurzem lauteten die Forderungen noch 20—25 M die 100 kg höher. Schellack nahm unter den gesuchten Warenposten einen breiten Raum ein. Von Angeboten verlautete nichts, wie auch die Preise für Schellackersatz nicht genannt waren. Der Wert für Natron bic. lag bei 3—3,50 M für das kg. Im unbesetzten Gebiet war der Preis für Glycerin, 28°, mit etwa 14 M für das kg bei größeren Bezügen in Leihfässern angegeben. Für etwas Kalisalpeter werden die Käufer 7,50 M das kg anlegen müssen. Die Preise für Naphthalin auf Lieferung haben sich etwas gesenkt. Es lag Angebot auf Ware in Schuppen zum Preise von 100 M für 100 kg vor. Die Carbidpreise haben hier und da weiter nachgegeben. Vereinzelt forderte der Handel 115—120 M, stellenweise jedoch auch bis 140 M für 100 kg ab Station. Natronwasserglas boten die Verkäufer nur wenig an. Der Preis liegt noch immer bei etwa 55—60 M für 100 kg. Für unreinen Borax belief sich der Preis auf 16 M für das kg. Hier würden Untergebote voraussichtlich guten Erfolg haben. Essigessenz, 80%, kann zum Preise von 2,40 M bezogen werden. Etwas Bittermandelöl, echt, blausäurefrei, soll 250—260 M das kg kosten. Für Bohnerwachs wurde vielfach billigeres Angebot herausgegeben. Dieser Fabrikationszweig der chemischen Industrie hat trotz der Knappheit an Rohstoffen ansehnliche Ausdehnung erfahren. —p.**

Vom Terpentinöl- und Harzmarkt. (14/5. 1919.) Die Lage des Weltmarktes dieser Erzeugnisse war während der verflossenen vier Wochen noch immer sehr unregelmäßig, woran schließlich auch der näherkommende Frieden nichts zu ändern vermochte. Weil es an einer Verbindung der Gewinnungs- und Verbrauchsländer untereinander fehlt, fehlt es auch an einer brauchbaren Preisgrundlage im allgemeinen, auf der größere Geschäfte namentlich am europäischen Festlande sich entwickeln können. Ungefähre Angaben über die Produktionsverhältnisse in der Union waren auch während dieser Berichtsperiode nicht zu crlangen. In den europäischen neutralen Ländern waren hieüber ebensowenig Anhaltspunkte zu erhalten, wie auch selbst England hieüber vergeblich einige Klarheit bisher zu gewinnen trachtete. Das Fehlen jeglicher Statistik über die Marktlage in der Union läßt den Schluß zu, daß die Gewinnung vielleicht doch größeren Umfang angenommen hat, als nach den spärlichen Angaben bisher angenommen werden konnte. Diesen Schluß läßt auch die Marktlage in England zu, wo auf Lieferung bis Ende des Jahres große Posten anscheinend in blanko verkauft worden sind, so daß die Verkäufer offenbar demnächst Gelegenheit zu haben glauben, sich für ihre eingegangenen Verpflichtungen günstig eindecken zu können. Anders kann man das Verhältnis des englischen Marktes zum amerikanischen Markt nicht deuten. An den nordamerikanischen Märkten haben sich die Preise für Terpentinöl wiederum etwas gehoben, und dies hat auch die Stimmung in England etwas beeinflusst. In New York stieg Terpentinöl sofortiger Lieferung von 76 auf 78 $\frac{1}{2}$ Cents die Gallone, Savannah notierte etwa Mitte März ungefähr 68 $\frac{1}{2}$ Cents, gab dann eine Zeitlang einen Preis überhaupt nicht heraus, bis dieser am Schluß der ersten Aprilwoche wieder mit 72 Cents erschien und dann vorübergehend auf 73 $\frac{1}{2}$ Cents stieg, am Schluß indessen auf 73 Cents nachgab. Ob zunehmender inländischer Verbrauch, steigende Ausfuhr oder mäßig große Produktion die Ursache der etwas festeren Stimmung ist, wissen wir zuverlässig nicht. Möglich ist, daß wir sie nach allen drei Richtungen suchen müssen, ebensogut möglich aber auch, daß die Spekulation an den nordamerikanischen Märkten sich der Artikel Terpentinöl und Harz zu bemächtigen beginnt. Harz liegt an den amerikanischen Märkten hauptsächlich nominell. Wenn die Preise nicht weiter nachgegeben haben, so ist dies darauf zurückzuführen, daß der Kriegsbedarf in der Union noch nicht ganz aufgehört hat. Wie im vorigen Berichtsabschnitt kostete auch diesmal Harz der Marke „F“ in Savannah 13,20 Doll. für 125 kg. Da der Frieden doch nun wohl bald geschlossen werden wird, so werden wir in Kürze auch wohl Näheres über Produktions- und Ausfuhrverhältnisse in der Union erfahren. Die Stimmung an den englischen Märkten war im Berichtsabschnitt entschieden fester und höher, vorübergehend allerdings auch flau. Die Belieferung Europas mit amerikanischem Terpentinöl und Harz wird eins jener Gebiete sein, das nach endgültigem Friedensschluß hauptsächlich England für sich in Anspruch nimmt. Am Londoner Markt notierte vorrätiges Terpentinöl 99 sh., Mai-August 78 sh. 9 d., Juli-Dezember 69 sh. der Zentner. Der Verkehr mit spanischem, amerikanischem und französischem Terpentinöl war im allgemeinen lebhaft, die Zufuhr indessen nicht groß und namentlich solche von amerikanischer Ware gering. Harz ging zu den amtlichen Preisen in ansehnlichen Mengen um. Die Vorräte am Londoner Markt wurden auf etwa 2850 Faß geschätzt, und die Preise lagen je nach der Farbe zwischen 40 sh. bis 42 sh. 6 d. der Zentner.

Am deutschen Markt und namentlich im besetzten Gebiet taucht allmählich reines Terpentinöl verschiedener Herkunft auf, das natürlich sehr hohe Preise hat. Immerhin sind diese nicht mehr so hoch wie noch vor einigen Monaten, und es ist anzunehmen, daß in nächster Zeit weitere Mengen über die Grenze kommen werden.

Reines französisches Terpentinöl würde ungefähr 13 M das Kilogramm kosten. An den hohen Preisen der bekannten Ersatzmittel und Lösungsöle hat sich bisher so gut wie nichts geändert.

—m.**

Zur Lage der Zuckerindustrie. (14./5. 1919.) Wenn die Zukunft der Zuckerindustrie zunächst noch sehr unklar und die Versorgung der Verbraucher im neuen Betriebsjahr im seitherigen Umfang keineswegs gesichert ist, so spiegelt sich zum Teil darin eben die andauernd ungünstige Lage unserer Ernährung wieder. Hiervon macht die Zuckerversorgung erst recht keine Ausnahme, zumal wichtige, hierfür in Betracht kommende Gebiete im Osten und Westen bekanntlich unserem Einfluß zunächst entzogen sind. Auf der Zuckerindustrie lasten auch die unmenschlichen Friedensbedingungen, und zwar um so mehr, weil schon jetzt hauptsächlich infolge der Besetzung im Westen befürchtet werden muß, daß der den Raffinerien dort zugeteilte Rohzucker als fertige Ware überhaupt nicht wieder zurückgelangt. Die Zufuhren von Rohzucker an die mitteldeutschen Raffinerien gingen trotz der Osterfeiertage und des Maifeiertags regelmäßig vor sich, während es mit Lieferungen nach dem Westen vielfach haperte. Jedenfalls ist bei den Zuteilungen an die im besetzten Gebiet liegenden Raffinerien unter den heutigen Verhältnissen besondere Vorsicht geboten, um zu verhüten, daß dem unbesetzten Gebiet bei den ohnehin schwachen Vorräten auch noch auf diese Weise nennenswerte Mengen verlorengehen. In die Berichtszeit fiel die Verteilung der anteiligen Rohzuckermengen für die Monate Mai und Juni, so daß an den Rohzuckermärkten zeitweise recht lebhafter Verkehr herrschte. Wenn diese Mengen zur Ablieferung gelangt sind, dürften die meisten Raffinerien ihre Vorräte wohl geräumt haben und nur noch geringe unverkaufte Reste übrigbleiben. Der herrschende Wagenmangel beeinflusste auch während dieser Berichtszeit die Ablieferungen von Rohzucker, wogegen die Fabriken ihre Vorräte natürlich tunlichst bald räumen möchten. Die Versorgung der Allgemeinheit mit Haushaltszucker bewegte sich im großen und ganzen im Rahmen der Rationierung, und es liegen einstweilen keine Gründe vor, welche darauf schließen lassen, daß diese Rationierung bis zum Ende des Betriebsjahres nicht eingehalten werden kann. Besondere Anweisungen für Einmachzwecke werden voraussichtlich nicht erfolgen, da sonst wohl die nötigen Vorarbeiten hierfür getroffen worden wären. Die Frage des Rübenanbaues in diesem Jahr interessiert die Zuckerindustrie ganz besonders, da man vor einiger Zeit noch die Hoffnung hegte, daß die Zwangsbewirtschaftung im neuen Betriebsjahr endgültig aufgehoben werden würde, damit kann jedoch auf keinen Fall mehr gerechnet werden, obschon der Bedarf von Zucker für Munitionszwecke fortfällt. Eine Verringerung des Rübenanbaues hat nach den bisher eingegangenen Meldungen jedenfalls stattgefunden, doch sind die darüber vorliegenden zahlenmäßigen Angaben zunächst mit großer Vorsicht zu nehmen. Bei der Belieferung mit Kohlen müssen die Zuckerfabriken im neuen Betriebsjahr tunlichst bevorzugt werden, wenn es ihnen nicht gelingt, bis dahin ausreichende Vorräte anzusammeln, welche die Verarbeitung aller Zuckerrüben auf Zucker gewährleisten. Infolge Kohlenmangel gingen im Vorjahr bekanntlich große Mengen Rüben der Verarbeitung auf Zucker verloren, wodurch der Rückgang der Zuckergewinnung von 31 auf 27 Mill. Zentner hauptsächlich verursacht wurde. Über die Zuckerpreise im neuen Betriebsjahr besitzen wir noch keine Angaben, aber es wäre zweckmäßig, wenn die Regierung zu dieser Frage nunmehr bald Stellung nehmen wollte. Die Feldbestellung konnte im Betriebsabschnitt trotz der zeitweise ungünstigen Witterung im großen und ganzen befriedigende Fortschritte machen, doch befinden sich die Arbeiten in manchen Bezirken gegenüber früheren Jahren noch im Rückstand. Die Beschäftigung der Raffinerien gestaltete sich im allgemeinen befriedigend, da sowohl die Kommunen als auch die weiterverarbeitenden Industriezweige ihre Verfügungen regelmäßig erteilten.

—p.**

Die ersten Berichte, welche über den Stand der diesjährigen **Weltseldenernte** melden, sind noch sehr spärlich. Aus Frankreich wird berichtet, daß die bisherigen Ergebnisse nicht günstig seien, doch läßt sich ein Rückschluß auf das Gesamtergebnis der französischen Ernte hieraus nicht ziehen. Gemeldet wird, daß die amerikanischen Seidenfabrikanten bereits große Abschlüsse in Frankreich getätigt hätten, ebenso daß sie die erste chinesische Seidenernte in der Hauptsache aufgekauft hätten. Nach den Berichten aus Canton wird die dortige erste diesjährige Ernte auf ungefähr 5000 Ballen geschätzt. In bezug auf die japanische Seidenernte liegen irgend welche bemerkenswerten Nachrichten bis jetzt nicht vor, doch ist zu berichten, daß auch in Japan die amerikanischen Seideneinkäufer außerordentlich tätig sind. („Rh.-W. Z.“) Wth.

Zur Lage der Seidenindustrie. Vom Krefelder Seidenmarkt wurde noch unlängst berichtet (s. S. 336): Es finden andauernd Besuche von Vertretern größerer Lyoner Häuser statt, die zur Wiederanbahnung alter Verbindungen, die von ihren Vorgängern in der Vorwoche verlangten Preise einräumen. Da diese inzwischen eine Erhöhung von 3—10 Fr. erfahren haben, konnten sie unter den günstigen Bedingungen ganz belangreiche Abschlüsse buchen. Handelte es sich hierbei in der Hauptsache um schnell lieferbare Ware, so sind doch auch Geschäfte mit Lieferzeiten bis nach der

neuen Ernte getätigt worden. Eingetroffen sind von den französischen Waren noch keine; es verlautet aber, daß bei der geringen Leistungsfähigkeit der französischen Bahnen ansehnliche Posten mit Lastautos bis zur deutschen Grenze geschafft worden sind und von dort auf dem Bahnwege am Rollen sind. Sind auch noch anderweitige Schwierigkeiten zu überwinden, so ist es doch jetzt ziemlich sicher, daß die in Aussicht stehenden Rohwaren demnächst hier eintreffen werden. Eine geringe Besserung unserer Marktbewertung, die unterdessen eingetreten war, konnte, wenn sie anhält, die Einkaufspreise etwas besser stellen. Die Preise sämtlicher Rohseidenverkäufer und auch der drei großen Schuppenspinnereien in Frankreich, in der Schweiz und in Italien verstehen sich nach Lyoner Platzgebräuchen. Auf Wunsch der französischen Fabrik hat man übrigens die Preise für Rohseide und Schuppe für höher gehalten als am Lyoner Platz. Die im Laufe April bekannt gewordenen Preise bewegen sich etwa auf Grundlage von Japan Gregen für Weberei 113/118 Fr., China Gregen für Weberei 103 Fr., Franz. Orgemsin je nach Titre 128/138 Fr., Ital. Orgemsin je nach Titre 130/140 Fr., Japan. Orgemsin je nach Titre 125/140 Fr., Kanton Orgemsin je nach Titre 110/112 Fr., China Orgemsin je nach Titre 110/125 Fr., China Grenading je nach Titre 145/160 Fr., Ital. Trame je nach Titre 120/125 Fr., Japan. Trame je nach Titre 110/123 Fr., China Trame 105 Fr., Kanton Trame 98/103 Fr., Kanton Krepp je nach Titre 112/122 Fr., Preisgrundlage für Schuppe etwa 65 Fr. — Dagegen liegt ein *allgemeiner* Bericht vor, der besagt, daß die Seidenindustrie ihre Betriebe mangels Rohstoffe demnächst stilllegen muß. Die Rohstoffzufuhren aus dem Auslande stoßen auf die größten Hindernisse. Devisen zur Bezahlung sind nicht vorhanden, und die Gewährung eines großzügigen Kredits in der Schweiz erscheint vorderhand ausgeschlossen, nachdem die Verhandlungen hierüber abgebrochen worden sind. Die einzelnen Mitglieder der Seidenindustrie sind auf die Beziehungen angewiesen, die sie von altersher mit ihren Rohstofflieferanten im Auslande gehabt haben. Es mag in einzelnen Fällen gelingen, auf Grund solcher Beziehungen kleinere Kredite zu erhalten, die ihrerseits abgedeckt werden müssen durch die Verarbeitung der Rohseide zu Ausfuhrwaren und die Heranschaffung von Devisen durch solche. Die Gesamtlage der Seidenindustrie dürfte aber hierdurch nur schwerlich wesentlich günstiger gestaltet werden. („Rh.-W. Ztg.“) Wth.

Kartelle, Syndikate, wirtschaftliche Verbände, Zwangswirtschaft, Monopole.

Deutsche Ammoniak-Verkaufs-Vereinigung in Bochum. Im Geschäftsjahr 1918 hielten die Anforderungen der Heeresverwaltung auf Lieferung von starkem Ammoniakwasser zur Herstellung von Munition bis zum Eintritt des Waffenstillstandes unvermindert an, so daß nur etwa die Hälfte der Erzeugung als schw. Ammoniak für landwirtschaftliche Zwecke zur Verfügung stand. Die Gesamtterstellung von schw. Ammoniak und Ammoniakwasser blieb in den einzelnen Monaten des Jahres ziemlich gleichmäßig bis zum Monat November, von welchem Zeitpunkte ab ein sehr starker Rückgang der Erzeugung eintrat. Trotz der seitens der Regierungsbehörden seit Jahren ins Auge gefaßten Vermehrung der Stickstoffherstellung auf synthetischem Wege ist es auch im Berichtsjahre nicht gelungen, die hierfür erbauten Anlagen im vollen Umfang in Betrieb zu setzen und so den von der Regierung in Aussicht genommenen Plan, der deutschen Landwirtschaft ab 1./5. spätestens aber ab 1./8. des Berichtsjahres die zur vollen Bewirtschaftung erforderlichen Stickstoffdüngemittel zur Verfügung zu stellen, auch nur annähernd zur Verwirklichung zu bringen. Es bestand deshalb fortgesetzt ein außerordentlich großer Mangel an Stickstoffdüngemitteln, der begreiflicherweise auf die Ernteerträge und damit auf die Lebensmittelversorgung einen höchst nachteiligen Einfluß ausgeübt hat. Obgleich im Laufe der Jahre die Gesteungskosten für schw. Ammoniak ganz gewaltig gestiegen waren, und namentlich der Preis der Schwefelsäure seit dem 1./4. 1915 um mehr als 3 M auf 8 M die 100 kg frei Verbrauchsstelle, in die Höhe gegangen war, hatten die Höchstpreise für schw. Ammoniak seit dem 27./5. 1915 eine Aufbesserung nicht erfahren. Erst mit Wirkung vom 1./6. 1918 wurde der Höchstpreis von 1,18 auf 1,80 M für das kg Stickstoff im schw. Ammoniak frei Verbrauchsstelle erhöht. Dieser Erhöhung folgte aber bereits am 1./8. 1918 ein weiteres Steigen des Schwefelsäurehöchstpreises um rund 3 M die 100 kg, was den größten Teil der zugebilligten Preiserhöhung für schw. Ammoniak in Anspruch nahm. Der Vereinigung sind im Berichtsjahre neu hinzugetreten die Romlacher Hüttenwerke, Rombach in Lothringen. II.

Stickstoff-Syndikat G. m. b. H. Am 8./5. haben sich die drei großen Erzeugergruppen von Stickstoffverbindungen, die Badische Anilin- und Sodafabrik, Ludwigshafen a. Rh. (Werke Oppau und Bruna bei Merseburg), die deutsche Ammoniak-Verkaufs-Vereinigung in Bochum mit den Oberschlesischen Kokswerken und Chemischen Fabriken A.-G. und der Wirtschaftlichen Vereinigung der Gaswerke, sowie der Kalkstickstoffindustrie, vertreten durch die Bayrischen Stickstoff-Werke zum „Stickstoff-Syndikat G. m. b. H.“

zwecks gemeinsamen Verkaufs ihrer Erzeugnisse zusammengeschlossen.

National Sulphuric Acid Association ist als G. m. b. H. (Haftsumme eine Guinee) am 28./4. 1919 ins englische Register des Landesverbandes der Schwefelsäurefabrikanten eingetragen worden (vgl. a. Angew. Chem. 31, III, 203 [1918]). Als Zwecke sind bezeichnet: Stellung der Industrie auf eine dauernd günstige Grundlage vom Standpunkt des Handels und der Wissenschaft aus gesehen, Schaffung neuer Verbrauchs- und Absatzmöglichkeiten für den Produktionsüberschuß usw. Im ersten Aufsichtsrat sind vertreten die Firmen: United Alkali Co., Lawes Chemical Manure Co., F. W. Berk & Co. (London), Leathers Chemical Co. (Bradford), Nobels Explosive Co., Kynoch Ltd., Chance & Hunt (Oldbury), J. and J. Cunningham (Leith), Melinertan Co. (Neath), Hardman & Holden (Manchester), Cwurban Chemical Co., R. and J. Galloway (Glasgow), W. and H. M. Goulding (Dublin), Joseph Nicholson and Sons (Leeds), E. Packard & Co. (Ipswich), Spencer Chapman & Messel (London), R. G. Perry (Leanington), Sadler & Co. (Middlesbrough), Peter Spence and Sons (Manchester), Alexander Crow and Sons (Glasgow), Avon Manure Co. (Bristol), Gas Light and Coke Co., Tennants Lancashire Ltd. und die Gasanstalt in Manchester.

Als eine Gesellschaft der gleichen Art ist am selben Tage ein Verband der Düngemittelfabrikanten (**Fertiliser Manufacturers Association**) eingetragen, der an die Stelle eines schon bestehenden nicht eingetragenen Verbandes zum Schutze dieses Zweiges der Industrie getreten ist. Vertreten sind im Aufsichtsrat Lawes Chemical Manure Co., Burnard and Aljer (Plymouth), J. and J. Cunningham (Leith), Johnson and Darlings (Bewick on Tweed), James Fison and Sons (Thetford), G. H. Anderton (Howden), Daniel de Pass Trust (London), Dublin and Wicklow Manure Co., J. and W. Maxwell and Sons (Carlisle), W. and H. M. Goulding (Dublin), E. Packard and Co. (Ipswich), Goole Tillage Co., United Alkali Co., Gibbs Fertilisers (Plymouth), Alex. Cross and Sons (Glasgow), Avon Manure Co. (Bristol), G. Hadfield & Co. (Liverpool). („Fin. News“ vom 3./5. 1919.) *Ec.**

Aus Handel und Industrie des Auslandes.

Allgemeines.

Tschechoslowakischer Staat. Ein Kompensationsvertrag ist mit der Ukraine zustande gekommen, wonach 9000 Zisternen ukrainischen Rohöls gegen tschechische Mannesmann-Bohrrohre, Kohle, Zucker, Textilstoffe, landwirtschaftliche Maschinen usw. im Gesamtbetrage von 54 Mill. Ukrainischen Kr. ausgetauscht werden. Danach stellt sich das Rohöl auf 80 Kr. für 100 kg. Außerdem hat der Verband der Raffinerien von der polnischen Liquidierungskommission in Krakau 160 Zisternen westgalizisches Rohöl, Petroleum und Benzin in Kompensation gegen Militärbekleidungsstücke (Monturen) gekauft. Im übrigen wurden neue Richtpreise für Paraffin festgesetzt, und zwar Qualität 50,22 340 Kr. Parität Drohobycz bei Waggonbezug für Kerzenfabrikanten und Staatslieferungen; 380 Kr. für sonstige Abnehmer. Für andere Qualitäten kommen noch Zuschläge von:

Schmelzpunkt	Kr.	Schmelzpunkt	Kr.
52/54	5,60	58/60	130,00
54/56	11,20	60/62	150,00
56/58	19,60		

für 100 kg. (Nachrichten 106, 1919.)

dn.

Bergbau und Hüttenwesen, Metalle.

Rumänien. Die rumänische Regierung wird alle **Petroleumkonzessionen**, die im November 1916 in Kraft waren und seitdem abgelaufen sind, auf sechs Monate nach Friedensschluß verlängern. Ein aus Rumänien zurückgekehrter Schweizer Industrieller berichtet, daß die rumänischen Petroleumquellen in schnellem Tempo wieder in Betrieb gesetzt werden. Die tägliche Erzeugung beträgt zurzeit 300 Waggons, das ist die Hälfte der Produktion kurz vor dem Kriege. (D. Bergw.-Ztg.) *ll.*

Dänemark. Kapitalerhöhung. A. S. De Forenede Jernstøberier, Kopenhagen, (A.-G. Vereinigte Eisengießereien). Der Betrieb der der Gesellschaft gehörenden Fabriken hat bisher in vollem Umfange aufrechterhalten werden können, und die Fabrikation ist sogar bedeutend erweitert worden. Zwecks Vergrößerung der Fabrikanlagen soll das Aktienkapital von 2 auf 3 Mill. Kr. erhöht werden. („Berlingske Tidende“ vom 25./4. 1919.) *on.*

Österreich-Ungarn. Übernahme der Kohlenversorgung durch die Entente. Eine amtliche Meldung vom 30./4. d. J. teilt mit, daß der Oberste Wirtschaftsrat der Entente in Paris beschlossen hat, die Aktion zur Steigerung der Kohlenherzeugung im alten Österreich-Ungarn und in Polen sowie die Verteilung der Kohle innerhalb dieser Gebiete unter die Leitung Hoovers zu stellen, der diese Agenden durch die Verkehrssektion des Obersten Wirtschaftsrates in der nämlichen Weise durchführen wird, wie dies bereits bei den Eisenbahnen in den auf dem Gebiete der ehemaligen Monarchie neuerrichteten Nationalstaaten geschieht. („Deutsche Bergwerks-Zeitung“ Nr. 113.) *dn.*

— **Internationalisierung der galizischen Petroleumfelder.** Der B. B. Z. wird geschrieben: Es hat allen Anschein, als ob das galizische Petroleumgebiet internationalisiert werden soll. Eine Entente-mission ist nach dem Petroleumgebiet unterwegs, die die Besitzstreitigkeiten zwischen Polen und Ukrainern regeln soll. Die Rechtsansprüche, die von den streitenden Parteien auf die Rohöldistrikte erhoben werden, haben Formen angenommen, die kriegerische Entwicklungen befürchten lassen. Gegenwärtig hat die Ukraine die Gruben im Besitz, aber die Polen machen beim Transitverkehr die denkbar größten Schwierigkeiten, so daß die Lieferungsverträge in Frage gestellt sind. In der galizischen Rohöldindustrie arbeitet französisches und englisches Kapital in ziemlichem Umfang. Die Internationalisierung erweist sich als einziger Ausweg angesichts der schroffen Haltung, deren sich Polen und Ukrainer gegenseitig befleißigen. Das englische und französische Kapital wird in absehbarer Zeit nicht nur das ostgalizische, sondern auch das rumänische und das kaukasische Petroleumgebiet beherrschen und damit ein Gegengewicht zum amerikanischen Interessenkomplex bilden. *on.*

Deutsch-Österreich. Zur Verstaatlichung der Kohlenbergwerke (s. a. Angew. Chem. 31, III, 641 [1918]). Nach einem in der Nationalversammlung eingebrachten Antrage soll im Gegensatz zu den allgemeinen Sozialisierungsvorschlägen der Regierung die Kohle wie bisher von den privaten Gesellschaften gewonnen werden. Der Handel mit Kohle soll durch eine deutsch-österreichische Kohlenstelle besorgt werden, welche die Aufgabe hat, die im Lande geförderten Kohlenmengen zu erfassen, die Ein- und Ausfuhr von Kohle durchzuführen, die zweckmäßige Aufteilung der Kohle an die Verbraucher vorzunehmen, die Preisbildung zu regeln und die Kohle zu beschlagnahmen. Die Sozialisierung soll in der Weise erfolgen, daß der Anteil des Staates auf die Vermögensabgabe angerechnet wird. Von dem Reingewinn wird eine Dividende von 8% ausgeschüttet. Von dem Überschuß erhalten 10% die Genossenschaft, 10% die Länder, der Rest wird für eine Superdividende bis zu 4% verwendet. Die Angestellten sollen in der Verwaltung vertreten sein. Die Sozialisierung soll in der Weise erfolgen, daß die Gesellschaften ihr Aktienkapital ohne weitere Einzahlung um ein Drittel erhöhen. Von den neuen Aktien sollen $\frac{1}{3}$ den Angestellten und $\frac{2}{3}$ dem Staate zufallen. Die gesamten Kohlenwerke sollen von den Gesellschaften selbständig betrieben werden. („Neue Freie Presse“ vom 7./5. 1919.) *ll.*

Chemische Industrie.

Chile. Die deutschen Salpeterwerke im Besitz der Alliierten. Die Alliierten beabsichtigen alle Aktien und Gerechtsame der deutschen Salpetergesellschaften in Chile aufzukaufen. Deutschland soll auf diese Weise instand gesetzt werden, einen Teil der Lebensmittel, die es von den Alliierten erhält, zu bezahlen. Das größte der in Chile befindlichen Salpeterunternehmen ist die Firma H. B. Sloman & Co., Salpeterwerke, A.-G.; es folgen die „Deutschen Salpeterwerke Fölsch & Martin, Nachf., A.-G.“ und die „Salpeterwerke Gilde-meister, A.-G.“ In normalen Zeiten wurde ungefähr ein Siebentel der gesamten Salpetererzeugung Chiles von diesen Firmen hergestellt. („Svensk Handelstidning“ vom 9./5. 1919.) *on.*

Britisch-Südafrika. Dem „Rand Daily Mail“ zufolge ist es durch ein neues chemisches Verfahren gelungen, eine in Südafrika vorkommende Wurzelart, die „Saldanha baairots“, zu einem **Kunst-dünger** zu verarbeiten, der 14–16% Phosphorsäure enthält, welche in 2% Citronensäure lösbar ist. Der Preis für dieses Erzeugnis ist auf 8 Pfd. Sterl. 15 sh für 1 t, verpackt in 200 lbs.-Säcken, festgesetzt. Es enthält keine Säuren und kann daher lange Zeit auf Vorrat gehalten werden, ohne die Säcke anzugreifen; es entspricht in jeder Hinsicht den Regierungsvorschriften. Diese Entdeckung dürfte binnen kurzem die Entstehung einer südafrikanischen Kunstdüngerindustrie zur Folge haben, deren Erzeugung 2000–3000 t monatlich betragen soll. Eine große Fabrik wird auf einem Gelände von 5 Acres bei Johannesburg errichtet. Es ist beabsichtigt, das Erzeugnis unter dem Namen „Salphos“ in den Handel zu bringen. *kl.*

England. Kapitalerhöhung. Die Seifenfabrik William Gos-sage & Sons (zum Brunner Mond-Konzern gehörig) will ihr Stammaktienkapital um 42 400 Stück Zehnpfundaktien erhöhen, von denen 22 500 ausgegeben und pro rata den Stammaktieninhabern zugeteilt werden sollen. Außerdem sollen die an zweiter Stelle stehenden Vorzugsaktien in solche zu $\frac{6}{10}$ mit Nachzahlungsrecht umgewandelt werden und von dieser Klasse 1 250 000 neue Pfundaktien geschaffen werden, von denen 750 000 zu pari dem Publikum angeboten werden sollen. („Financial Times“ vom 5./5. 1919.) *Ec.**

— **Neugründung.** Die Chemical and Metallurgical Corporation wurde mit einem Kapital von 200 000 Pfd. Sterl. 8% iger Vorzugsaktien und 1 Mill. Pfd. Sterl. Stammaktien gegründet. Die Gesellschaft bezweckt die Erwerbung britischer und ausländischer kolonialer Patente zur Bearbeitung von Zink, Blei und Silbererzen. Ein neues sehr erfolgreiches Verfahren von F. E. Elmore soll besonders geeignet sein für Erze, die von der Rhodesia Broken Hill Co. gefördert werden. („Financial News“ vom 25./4. 1919.) *ll.*

— **Geschäftsberichte.** Auch kleinere Seifenfabriken in England florieren: die Gesellschaft Wright Layman and Umney

hat im Kalenderjahr 1918 ihren Reingewinn von 13 300 auf 14 000 Pfd. Sterl. gesteigert und kann die Dividende von 20 auf 27 1/2% heraufsetzen, dabei noch 1300 statt 100 Pfd. Sterl. auf neue Rechnung vortragen, während die schon 12 000 Pfd. Sterl. betragende, voriges Jahr mit 2000 Pfd. Sterl. dotierte Reserve diesmal nichts erhält. — Die Firma **Richard Sheen and Sons**, deren Geschäftsjahr am 30./11. 1918 endete, hat 10 400 Pfd. Sterl. gegen 8300 Pfd. Sterl. verdient und kann 5 statt 3 1/2% auf die Stammaktien verteilen und 1700 statt 1300 Pfd. Sterl. vortragen. („Fin. Times“ vom 5./5. 1919.) *Ec.**

Italien. Neugründung. Società per esplosivi metallici, Mailand, mit einem Kapital von 100 000 Lire zur Ausnutzung des Patentes des Generals Giovanni Cornaro, das die Verwendung von Metallpulvern zur Herstellung von Sprengstoffen betrifft. („Sole“ vom 10./4. 1919.) *Ec.**

Mit 300 000 Lire Kapital ist in Verona die Società Anonima Veronese per la fabbricazione e vendita del Tetrafosfato ed altri prodotti utili all'agricoltura gegründet worden. *Ec.**

— **Kapitalerhöhung.** Die Società Anonima Applicazioni chimiche Industriali in Turin hat die Vermehrung ihres Aktienkapitals von 100 000 auf 250 000 Lire durch Ausgabe neuer Aktien zu pari beschlossen. („Sole“ vom 16./4. 1919.) *Ec.**

— **Geschäftsbericht.** Die Società Italiana Prodotti Esplosivi in Mailand mit einem Aktienkapital von 30 Mill. Lire hat 1918 bei einer Bilanzsumme von 142 735 598,60 Lire einen Reingewinn von 2 203 038,37 Lire erzielt, aus dem die gesetzlich erlaubten 8% Dividende gezahlt werden. Auf neue Rechnung vortragen werden 62 480,67 Lire. Zu den schon vorhandenen 20 Mill. Obligationen ist beschlossen worden, weitere 10 Mill. zu 6% auszugeben. („Sole“ vom 20./4. 1919.) *Ec.**

— **Geschäftsabschluß.** Die Fabbrica concimichimici ed affini in Genua mit einem Aktienkapital von 500 000 Lire hat im ersten Geschäftsjahr (Oktober 1917 bis Ende 1918) einen Reingewinn von 24 758,81 Lire erzielt, woraus 8 Lire Dividende auf die Aktie gezahlt werden. („Sole“ vom 27./4. 1919.) *Ec.**

Schweiz. Geschäftsabschluß. Elektrochemische Werke Gurtneilen A.-G. in Gurtneilen (Herstellung von Carbide). Reingewinn 202 459 Fr., der zur Ausrichtung einer Dividende von 15% verwendet wird. („N. Zür. Z.“) *ll.*

— **Neugründung.** S. A. Emile Huguenin & Cie., Tanneries de la Sarraz, A.-G., welche die Gerberei der bisherigen Kommanditgesellschaft Huguenin & Cie. übernimmt. Das Gesellschaftskapital beträgt 650 000 Fr. Der Verwaltungsrat besteht aus den Herren Emile Huguenin und Albert Maier, beide in Lausanne. („N. Zür. Z.“) *ar.*

Rußland. Vom Kollegium, Abteilung für Chemie, wurde die **Fabrikverwaltung** folgender staatlichen Fabriken der „grundlegenden“ **chemischen Industrie** bestätigt: der Tenteleswischen Fabrik in Petersburg (s. S. 321), der Moskauer, Deguninski und Iwanowo-Wosnessenski chemischen Fabriken, der früheren Genossenschaften Lepeschkin und der Doktorowskischen chemischen Fabrik. („Ekonomitscheskaja Shysn“ vom 9./4. 1919; Nachrichten 103, 1919.) *ar.*

— Wie „Ekonomitscheskaja Shysn“ vom 4./4. mitteilt, hat der Volkswirtschaftsrat von Olonez den Bau zweier **chemischer Fabriken für Trockendestillation** (Holzverkohlung) vorgeschlagen. Eine der Fabriken soll Pech, Terpentin, essigsauren Kalk und Kohle und die andere Teer, 95% igen Spiritus, essigsauren Kalk und Kohle gewinnen. Beide Fabriken sollen nach den neuesten Mustern gebaut werden. (Nachrichten 103, 1919.) *ll.*

Österreich-Ungarn. Geschäftsabschluß. Aussiger Chemischer Verein. Von dem Reingewinn von 7 206 320 Kr. werden verwendet: 1,5 Mill. Kr. zur Dotierung der Rücklagen für den Übergang zur Friedenswirtschaft, 3,6 Mill. Kr. für eine 20% ige Dividende, 0,75 Mill. Kr. für den Beamtenpensionsfonds, 0,75 Mill. Kr. für den Arbeiterpensionsfonds, 342 863 Kr. für die Tantieme des Verwaltungsrats. 263 456 Kr. werden auf neue Rechnung vortragen. („Prager Tagbl.“ vom 9./5. 1919.) *ar.*

— **Jungbunzlauer Spiritus- und chemische Fabrik.** Aus dem Reingewinn von 2 510 143 Kr. soll eine Dividende von 20% verteilt werden. Neu vortrag 1 688 143 Kr. („Prager Tagblatt“ vom 23./4. 1919.) *on.*

Industrie der Steine und Erden.

Finnland. Infolge der Absperrung von Deutschland und des durch die russischen Befestigungsarbeiten gesteigerten Bedarfs an Zement war man in Finnland während des Krieges auf den Gedanken gekommen, **Zement** im eigenen Lande herzustellen. Zwei Fabriken sind nunmehr vorhanden, in Lojo und in Pargas. Die Interessenten erklären, daß das einheimische Rohmaterial gut und der hergestellte Zement besser als der von Deutschland eingeführte sei, und daß die Werke instande seien, einen Jahresbedarf von 1 1/2 Mill. Faß zu decken. Die Herstellung wird durch den Mangel an Kohle erheblich erschwert. (Nachrichten 104, 1919.) *ll.*

Norwegen. Betriebserweiterung. Die Kiesgrubengesellschaft Orkla gruf aktiebolag nimmt große Betriebs-

erweiterungen vor, die einen Kostenaufwand von 15 Mill. Kr. erfordern. In zwei bis drei Jahren soll die Arbeiterzahl, die jetzt 700 Arbeiter beträgt, auf das Doppelte erhöht werden. Die Ausfuhr von Kies würde sich dann auf 500 000 t im Jahre belaufen, d. h. soviel, als die ganze Kiesförderung Norwegens im Jahre 1914 betrug. („Sydsvenska Dagbladet“ vom 10./5. 1919.) *on.*

Verschiedene Industriezweige.

Niederländisch-Indien. Verspäteter Beginn der Zuckerkampagne. Wie „Algemeen Handelsblad“ vom 10./5. aus Soerabaya erfährt, hat infolge verspäteter Reife des Zuckerrohrs der Beginn der Kampagne sich erheblich verzögert. Während am 30./4. 1918 bereits 17 Zuckerfabriken in voller Tätigkeit waren, belief sich deren Zahl am gleichen diesjährigen Zeitpunkt nur auf 4. Die Regenfälle in der zweiten Aprilhälfte sind fast überall über dem Monatsdurchschnitt gewesen. *dn.*

Niederlande. Neugründung. N. V. „Fibra“, Bloemendaal, Kapital 150 000 fl., Herstellung von Holzstoff und Cellulose. *ll.*

Rußland. Die Nationalisierung der Papierfabriken. „Ekonomitscheskaja Shysn“ vom 4./4. zufolge wurden vom Präsidium des „Glawbum“ (Hauptkomitee für Papierfabrikation) 35 Papierfabriken für die Nationalisierung in Vorschlag gebracht. Bisher sind 33 Unternehmen, die in 23 Fabrikverwaltungen organisiert wurden, nationalisiert worden. Dem Bericht des Vorsitzenden des „Glawbum“ zufolge werden von letzteren Maßnahmen getroffen, um dem Mangel der Papierfabriken an Netzen und Geweben abzuweichen. Zu diesem Zwecke wird die Nationalisierung der Fabrik Kosyrew geplant, die sich dann mit der Herstellung von Netzen befassen soll. Auch in Moskau gibt es eine kleine Netzfabrik, eine weitere in Kiew. Von den zur Nationalisierung vorgeschlagenen Fabriken sind die wichtigsten die Fabrik Dobrushski, die Zeitungspapier herstellt und eine andere Fabrik, die Fasern verarbeitet. Die normale Jahreserzeugung sämtlicher Fabriken beträgt 11 Mill. Pud Papier. In diesem Jahre sollen in den ersten sechs Monaten 1,4 Mill. Pud, im letzten Halbjahr 2 Mill. Pud Papier hergestellt werden. Die 35 Fabriken, die jetzt nationalisiert werden sollen, werden voraussichtlich 1 Mill. Pud Papier, 300 000 Pud Holzmasse und 200 000 Pud Karton liefern. *on.*

Ukraine. Organisation der Branntweimbrennerei. Infolge der Besetzung der Ukraine durch die Sowjettruppen hofft man, dem Mangel an Spiritus in Groß-Rußland durch das Brennen des in den ukrainischen Gouvernements lagernden Spiritus abhelfen zu können. Der Zentral-Spiritusverband hat bereits einen diesbezüglichen Kostenanschlag aufgestellt. Im Jahre 1913 wurden in allen Fabriken innerhalb Sowjet-Rußlands 51 Mill. Eimer (1 Eimer = 12,3 l) Spiritus von 40° gebrannt. In den ukrainischen Gouvernements (Poltawa, Charkow, Tschernigow, Kiew, Jekaterinoslaw, Wolynsk und Podolsk) wurden im selben Jahre 30 Mill. Eimer oder 60% der russischen Produktion gebrannt. In der nächsten Zeit können in der Ukraine 120 Fabriken das Brennen von Branntwein wieder aufnehmen. Im laufenden Halbjahr werden 60 Fabriken tätig sein können mit einer Leistungsfähigkeit von 3 Mill. Eimer bis zum 1./7. d. Js. Die zur Erzeugung erforderlichen Kosten, die für 60 ukrainische Fabriken auf 153 Mill. Rubel veranschlagt wurden, sind vom Kollegium für chemische Angelegenheiten bewilligt worden. („Ekonomitscheskaja Shysn“ vom 4./4. 1919.) *on.*

Schweden. Geschäftsabschlüsse. Die Papierfabrik Akt.-Ges. in Vargön hat im Jahre 1918 die Hellefors bruks a/b. in sich aufgenommen. Der Reingewinn der Gesellschaft beträgt 5 802 024 (6 011 390) Kr. und für Hellefors 3 167 145 Kr. Mit dem Gewinnvortrag aus alter Rechnung stehen der Gesellschaft 7 069 936 Kr. zur Verfügung. Dividende wieder 20%. Nach erfolgten Abschreibungen werden 1,27 Mill. Kr. auf neue Rechnung vortragen. („Svensk Handelstidning“ vom 1./5. 1919.)

— Die Papierfabrik Akt.-Ges. Katrinefors a/b. in Mariestad, eine Tochtergesellschaft der Jönköpings & Vulcan Tändsticks a/b., erzielte im Jahre 1918 einen Reingewinn von 598 000 (1,03 Mill.) Kr. Die Gesellschaft beabsichtigt, wie im Vorjahre 10% Dividende auszuzahlen und nach erfolgten Abschreibungen usw. 55 000 Kr. auf neue Rechnung vorzutragen. *on.*

— **Betriebseinstellungen von Zellstoffabriken.** „Göteborgs Handels- och Sjöfarts-Tidning“ vom 12./5. schreibt, daß die Zellstoffabrik Fra n ö infolge der schwierigen Lage auf dem Holzmassemarkt ihren Betrieb eingestellt hat. Die Arbeiter, etwa 200 Mann, werden in den Anlagen der Gesellschaft Kramfors beschäftigt. — Ferner hat die Sägewerk & Zellstoff-A.-G. Sund ebenfalls ihren Betrieb infolge der großen Überschwemmungen in Nordschweden einstellen müssen. *on.*

Aus Handel und Industrie Deutschlands.

Allgemeines.

Protestkundgebung des deutschen Wirtschaftskongresses. Unter den in allen Teilen des Deutschen Reiches veranstalteten Protestkundgebungen gegen den uns zugedachten Gewaltfrieden ragt die vom deutschen Wirtschaftskongreß am 19./5. in den Großen Saal

der Philharmonie in Berlin einberufene Versammlung hervor. Hatten doch fast ein halbes Hundert der führenden wirtschaftlichen Verbände aus Handel, Industrie und Landwirtschaft, die einen großen Teil der gesamten schaffenden Männer und Frauen, Unternehmer sowohl wie Angestellte und Arbeiter, des deutschen Volkes vertreten, die Zusammenkunft beschickt. Alle Redner, einschließlich desjenigen der großen landwirtschaftlichen Verbände, betonten, daß ein Friede wie der in Versailles vorgeschlagene für uns unannehmbar, weil unerfüllbar, sei. Die Vertreter der Arbeitnehmer führten aus, daß bei dem drohenden Ruin unseres gesamten Wirtschaftslebens auch alle bisher schon in Deutschland geschaffenen sozialen Fürsorgeeinrichtungen (ganz zu schweigen von den künftig noch geplanten) vernichtet würden und die deutsche Arbeiterschaft der Verelendung entgegengehe oder zur Auswanderung gezwungen sei. Die Vertreterinnen der Frauenverbände wiesen auf die großen sittlichen Gefahren eines solchen Gewaltfriedens hin, betonten aber auch die Entschlossenheit der Frauen, lieber noch schlimmeres Ungemach, Hunger und Entbehrung, weiterhin ertragen zu wollen, als derartige Bedingungen anzunehmen. Der Vorsitzende des Bundes technischer Berufestände, Obergeringieur Hartmann, beleuchtete an einigen Beispielen die katastrophale Wirkung der wirtschaftlichen Bedingungen: Nach Abgabe des schlesischen und Saarkohlenbezirkes verblieben uns von den früher geförderten 180 Mill. t Kohlen, nach Abzug der für die Verbandsstaaten geforderten Lieferungen und der für die Aufrechterhaltung des Verkehrs nötigen Mengen nur noch 14 Mill. t Steinkohlen für Industrie, Landwirtschaft und Hausbrand. Dazu wollen die Franzosen auch die Hand auf die weiße Kohle, die oberrheinischen Wasserkraften, legen. Man verlangt weiter die Einwilligung, aus allen Gewerben bis $\frac{1}{3}$ der Maschinenbestände entnehmen zu können. Und noch nicht genug mit dieser Beschlagnahme der materiellen Grundlagen unserer Technik will man uns auch noch geistiges Eigentum rauben: Dem Vorgehen gegen unsere gesamten Auslandsunternehmungen entsprechend sollen die Patentrechte deutscher Erfinder in den Verbandsstaaten vogelfrei sein. Ja selbst im Inland sucht man uns geistig zu erdrosseln, man verlangt die Auslieferung von Plänen, das Ergebnis jahrelanger, angestrengter geistiger Tätigkeit, man will unter dem Deckmantel militärischer Kontrolle die Fabrikspionage einführen und uns jede Möglichkeit, wieder erfolgreich im Ausland zu konkurrieren durch Überwachung unseres Funkspruchverkehrs abschneiden.

Zur Abwehr solch unerhörter Bedingungen wurde folgende Entscheidung einstimmig angenommen: „Die auf Anregung des deutschen Wirtschaftskongresses von den vertretenen Verbänden als Vertretung der Interessen von mehr als 10 Millionen Erwerbstätiger veranstaltete Kundgebung erhebt einmütigen Einspruch gegen die Vernichtung deutscher Arbeit und Wirtschaft durch die Deutschland zugemuteten Friedensbedingungen. Ein solcher Friede bedeutet Arbeitslosigkeit, Elend und Hunger für ein Volk von 60 Millionen. Die Vertreter deutscher Arbeit und Wirtschaft rufen alle schaffenden Kräfte der Welt auf, sie im Kampf um das Recht des deutschen Volkes auf freie Arbeit und Lebensmöglichkeit zu unterstützen.“

Die Außenhandelsregelung in der chemischen Industrie (s. a. S. 111). Dem „B. T.“ wird geschrieben: Am 29./4. dieses Jahres wurde in Berlin unter Führung der chemischen Großindustrie die „Industriegruppe für die chemische Industrie Deutschlands“ zum Zweck der Wahrung der „sozialen“ und wirtschaftlichen Fragen der deutschen chemischen Industrie, oder richtiger gesagt, einzelner großer Interessenverbände gegründet. Die erste und wichtigste Arbeit dieser Gründung besteht in der Schaffung der „Außenhandelsstelle für die chemische Industrie“, und der Umorganisation und Verewigung der bekannten Zentralstelle für Ausfuhrbewilligung für die chemische Industrie als Selbstverwaltungskörper. Die Aufgabe dieser Außenhandelsstelle, in der die chemische Großindustrie die Majorität haben wird, ist die gleiche wie die der Zentralstelle und besteht darin, den Reichsbevollmächtigten, der vom Reichswirtschaftsministerium über diesen Selbstverwaltungskörper eingesetzt wird, bei der Erteilung von Ein- und Ausfuhrbewilligungen zu beraten. Damit wird der gesamte Import und Export in chemischen Rohprodukten und Erzeugnissen auch weiterhin unter die Kontrolle einiger großer Interessenverbände gestellt, die es in der Hand haben, einerseits ihnen nicht genehme Konkurrenten und Handelsunternehmungen von der Ein- und Ausfuhr möglichst fernzuhalten, andererseits jedoch ihren eigenen Unternehmungen nützlich erscheinende Informationen, die sie durch ihre bevorzugte Stellung in der Außenhandelsorganisation zur Kenntnis bekommen, für ihren eigenen Vorteil auszunützen, wie wir das in der Praxis bei ähnlichen Organisationen und Kriegsgesellschaften während des Krieges leider nur zu häufig erlebt haben. Die kleinen und mittleren Betriebe, die diesen großen Interessenverbänden nicht angehören, haben zu gewärtigen, daß sie nach Einsetzung der Selbstverwaltungskörper, denen späterhin auch noch andere amtliche Befugnisse übertragen werden sollen, Schikanen und Bürokratisierungen ausgesetzt sein werden, die ihnen jede Lust zu einer Entfaltung ihrer Initiative nehmen werden.

Daß man von diesen Vertretern einer kapitalistischen Großindustrie keine idealen, sozialistischen Maßnahmen im Sinne und nach den Ideen des Reichswirtschaftsministeriums zu erwarten hat, ist jedem Kenner der Verhältnisse einleuchtend. Die Vertreter der Arbeitnehmer, die im Sinne des Gesetzes mit einem Drittel der Mandate an der Selbstverwaltung beteiligt sind, werden der ganzen Gründung nur den „sozialistischen“ Anstrich geben, ohne daß sie in Wirklichkeit auf die Entschlüsse einen besonderen Einfluß haben werden. Ein bereitwilligeres Eingehen auf ihre großkapitalistischen Ideen hätte die chemische Großindustrie von keiner noch so imperialistischen Regierung erwarten dürfen, wie es ihr jetzt von einem sozialistischen Reichswirtschaftsministerium geboten wird. *dn.*

Chemische Industrie.

Die Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff-A.-G. plant in Coswig (Anhalt) den Neubau einer großen Sulfatsalzsäurefabrik. *Ma.*

Die bedrohte chemische Industrie. Von einem Chemiker wird dem B. T. geschrieben: „Wie ausgeklügelt die Friedensbedingungen in jeder Hinsicht sind, möchte ich an einem Beispiel darlegen: Deutschland soll seine Kohlenreviere an der Saar und in Oberschlesien, das heißt etwa 50% seiner Kohlenherzeugung, hergeben, außerdem riesige Mengen Kohlen und 50 000 t Teer jährlich abliefern. Schon jetzt mangelt es unserer vor dem Kriege blühenden chemischen Industrie an Teer, weil infolge des Kohlenmangels (trotz der oberschlesischen Kohलगewinnung) die Fabriken den Teer notgedrungen als Heizmaterial benutzen. Nach den Absichten unserer Feinde würden uns im kommenden Frieden unsere übrigbleibenden Kohlen kaum für den Hausbrand und die Bedürfnisse der Gaswerke und Fabriken hinreichen. Von dem überhaupt noch vorhandenen Teer sollen jährlich 50 000 Doppelwagen abgeliefert werden, so daß für die Anilinfarben- und Medikamentenfabrikation fast nichts mehr übrigbleibe. Gelingt es dann doch noch, etwas von diesen Fabrikaten herzustellen, so müssen nach weiteren Bedingungen 25–50% davon an die Feinde zu den von diesen festzusetzenden Preisen ausgeliefert werden. Mit anderen Worten: es ist in Zukunft Deutschland unmöglich, trotz aller Kenntnisse und Erfahrungen seiner fünfzigjährigen Arbeit seine Anilinfarben auszuführen. Vielleicht werden sie nicht einmal für die inländischen Färbereien reichen. Dadurch werden die bedeutendsten Zweige seiner chemischen Industrie lahmgelegt, als Folge davon aber fast seine gesamte chemische Industrie überhaupt, da diese im größten Maßstab die Hilfsstoffe und Halbfabrikate für die Farbenindustrie lieferte.“ *ar.*

Industrie der Steine und Erden.

A.-G. Porzellanfabrik Weiden Gebrüder Bauscher. Nach 125 227 (65 836) M Abschreibungen, einschl. 31 081 (7598) M Vortrag, 370 382 (274 125) M Reingewinn. Dividende 9 (6%) und Vortrag 48 750 M. *ar.*

Deutsche Ton- und Steinzeug-Werke A.-G. in Charlottenburg. Nach Abschreibungen von 146 336 (319 185) M Reingewinn 1 029 374 (1 629 592) M. Dividende 11 (14%). Neuvortrag 41 220 (90 007) M. *ar.*

Verschiedene Industriezweige.

A.-G. für Gas und Electricität in Köln. Nach Abschreibungen von 420 000 (210 000) M Verlust 6302 M, so daß unter Berücksichtigung von 12 391 M Gewinnvortrag aus dem Vorjahre 6089 M zur Verfügung stehen, die auf neue Rechnung vorgetragen werden. *dn.*

In den **Brauereien der norddeutschen Biersteuergemeinschaft** sind im vierten Quartal 1918 im ganzen an Malz 119 196 dz gegen 437 645 dz im ganzen Jahr 1918 verwendet worden. Davon wurden 46 848 dz Gerstenmalz (im ganzen Jahr 1918 216 488 dz) zur Herstellung von untergärrigem Bier und 70 933 dz (214 425 dz im ganzen Jahr) zur Herstellung von obergärrigem Bier benutzt. Anderes als Gerstenmalz wurden 1415 (6732) dz und Zuckerstoffe 4173 (20 203) dz verwendet. Versteuert oder steuerfrei sind 1 445 293 hl (5 133 470 hl im ganzen Jahr 1918) untergärriges und 2 408 463 (7 108 199) hl obergärriges Einfachbier, 8491 (62 285) hl untergärriges und 9138 (10 903) hl obergärriges Vollbier und 17 (28) hl untergärriges und 320 (320) hl obergärriges Starkbier abgelassen worden. Insgesamt sind also 3 871 722 hl Bier gegen 12 305 205 hl im ganzen Jahr 1918 abgegeben worden. *on.*

Aachener Lederfabrik Akt.-Ges. Nach Abschreibungen von 48 685 (47 115) M Überschuß 268 145 (403 755) M. Dividende 10 (15)%. Neuvortrag 20 367 (33 200) M. *ar.*

Gewerbliche Fragen.

Neue Roh- und Ersatzstoffe, Verfahren und Apparate.

Wie das Handelsamt in Washington bekannt gibt, ist es dem „Bureau of Standard“ nach vielmönatigen Versuchen gelungen, ein erstklassiges weißes **Papier aus Baumwollen-Linters**, welche bisher nur vereinzelt zur Sprengstoffbereitung verwendet wurden, herzustellen. Die Regierung hat zurzeit noch verschiedene Mill. Pfd. Linters zur Verfügung. *Kl.*

Gewerblicher Rechtsschutz.

Um in allen Fragen bei Anbau und Verwertung von Textilstoffen (vor allem Flachs, Hanf, Brennessel) den Landwirten und Industriellen an die Hand gehen zu können, gibt das Preuß. Landwirtschaftsministerium ab 1./4. die „Mittellungen der Landesstelle für Spinnpflanzen“ heraus unter Leitung des Vortr. Rats von Hippel in Berlin (J. F. Lehmanns Verlag in München. Bezugspreis halbjährlich 7,50 M).

Tagesrundschau.

Die „Berlingske Tidende“ vom 26./4. berichtet über die Stiftung eines Fonds von 350 000 Kr. unter dem Namen „Alexander Foß Industrie Fonds“. Die Zinsen des Fonds sollen der Förderung der dänischen Industrie zugute kommen. (Nachrichten 100, 1919.) ar.

Eine **Industriekammer in Göttingen** wurde von Göttinger Industriekreisen ins Leben gerufen, um Aufgaben zu behandeln, die die Industrie speziell betreffen, und um mit der Handelskammer zusammen zu arbeiten. Die Kammer umfaßt bisher einige 30 Mitglieder. Die Anlegung eines schwedischen Industriemuseums in Göttingen ist geplant. (Dagens Nyheter vom 3./5. 1919.) on.

Amerikanische Handelskreise hegen die Absicht, im Jahre 1922 oder 1923 eine **Weltfriedensausstellung in Detroit** zu eröffnen. Mit den Vorbereitungen zu dieser Ausstellung soll bereits begonnen sein. (Bericht aus dem Haag.) ar.

Amerikanische Ausstellung von Stahlerzeugnissen in Rotterdam. Wie das Alg. Handelsblad vom 9./5. 19 berichtet, errichtet die Liberty Steel Product Co., der 75 amerikanische Stahlwerke angeschlossen sind, eine Musterausstellung in Rotterdam. Für den Verkauf ihrer Erzeugnisse in Holland hat sie Verträge mit den Firmen P. A. S. van Ommeren und Rueb & Gleichmann in Rotterdam, sowie Henny's Handelmaatschappij im Haag abgeschlossen. ll.

Das Ergebnis der **Schweizer Mustermesse 1919** ist nach bisher eingegangenen Mitteilungen erfreulich. Die Zahl der Einkäufer überstieg 40 000. Der Geschäftsgang war belebt; es wurden viele Käufe abgeschlossen. („Basler Nachrichten“ vom 9./5. 1919.) on.

Personal- und Hochschulnachrichten.

Es habilitierte sich: H. C. J. H. Gelissen, Dozent für chem. Technologie in Tilburg, als Privatdozent für Farbstoff- und Färberei-Chemie an der Technischen Hochschule zu Delft.

Es wurden ernannt (berufen): Dr. A. Bernstein, Abteilungsvorsteher der chem.-physiologischen Abteilung am allgem. Krankenhause St. Georg, Hamburg, zum o. Professor der medizinischen Chemie; H. S. Blatford, Dozent am Armstrong-College, zum „Assistant Lecturer“ für Chemie am Technical College in Hull; Dr. Christian Mayr und Dr. Max Rüdiger von der Akademie für Landwirtschaft und Brauerei in Weihenstephan, zu Professoren; Frederick Seddy als Dozent auf den neuerrichteten zweiten Lehrstuhl für Chemie an der Universität Oxford; Prof. Karl Wolf, Sektionsvorstand des Technologischen Gewerbemuseums in Wien, zum Direktor der Fachschule für Eisen- und Stahlbearbeitung in Steyer.

Prof. Dr. A. Werner ist von seinem Lehrstuhl an der Universität Zürich zurückgetreten.

Personalsnachrichten aus Handel und Industrie.

Es wurden gewählt: Als Vertreter der Kali-Industrie im Reichs-Kalifat Geheimer Justizrat Maximilian Kempner, Bergat Zirkler (Kaliwerke Aschersleben), Generaldirektor Kain (Deutsche Kaliwerke), Bergwerksbesitzer Emil Sauer, Bergat Kost; bei der Deutschen chemischen Gesellschaft zum Präsidenten Th. Curtius, zu Vizepräsidenten K. A. Hofmann, R. Anschütz, C. Harries, A. Hantzsch, zu Schriftführern R. Pschorr und F. Mylius, zu stellvertretenden Schriftführern A. Stock und H. Thoms, zum Schatzmeister F. Oppenheim, zum Bibliothekar W. Marckwald.

Edmund P. Das, aus Newcastle-on-Tyne, wurde an Stelle des verstorbenen A. F. Ericsson zum Vorsitzenden der Weardale Lead Co. Ltd. ernannt.

Zu Geschäftsführern wurden bestellt: Walter Baukhage, Werdohl, bei der Fa. Werdohler Metallwerke G.m.b.H., Werdohl; Ernst Feldmann, neben dem bisherigen Geschäftsführer Carl Dupré, bei der Fa. A. Dupré, G. m. b. H., Chem. Fabrik, Mineral-Mahlwerk; Adolf Isaac, Cöln, bei der Fa. „Chemische Fabrik Eugen Ganz G. m. b. H., Frankfurt a. M., Zweigniederlassung in Cöln; Rittergutsbesitzer Benno Kothe, Aderstedt, bei der Zuckerfabrik Aderstedt, G. m. b. H. in Aderstedt; B. Schmidtchen, Ulberndorf, bei der Fa. Pappfabrik und Asbestwerk Dippoldiswalde, vorm. Carl Geisler G. m. b. H., Dippoldiswalde; Hermann Werhahn, Neuß, bei der „Malzfabrik Arnoldshöhe G. m. b. H.“, Cöln; G. T. W. Ewers und H. Hofmann, Kiel,

bei der Fa. Aluminiumwerk Kiel, G. m. b. H., Kiel; Hans Klopp, Düsseldorf-Grafenberg, und Wilhelm Duhr, Crefeld, bei der Fa. Klopp & Duhr G. m. b. H., in Düsseldorf.

Prokura wurde erteilt: Bergwerksdirektor Georg Jungels, Morgenroth, bei der Fa. Gräflisch Schaffgotsch'sche Werke, G. m. b. H., zu Beuthen; Wilhelm Otto, Kronach, bei der „Porzellanfabrik Ph. Rosenthal & Co., A.-G., Filiale Kronach“; L. J. G. Wiechmann, bei der Parli-Öl-G. m. b. G., Hamburg; Hermann Stricker, Paul Müller, bei der Aktiengesellschaft für Lackfabrikation in Hamm; Bergwerksdirektor A. Knepper, Gerthe in Westfalen und Wilhelm Stenger, Gerthe in Westfalen, bei der Gewerkschaft Steinkohlen- und Eisensteinbergwerk vereinigte Schürbank und Charlottenburg, Aplerbeck.

Gestorben sind: Archibald Martin Finch, Direktor der Firma James Gibbs and Finch, Ltd., Plymouth und Bristol, im Alter von 34 Jahren in Plymouth am 23./5. — Franz Froitzheim, Mitbegründer und Aufsichtsratsmitglied der Zuckerfabrik Bedburg. — Johann Martin May, Seniorchef der von ihm gegründeten Lederfabrik und Gerberei Martin May, Sachsenhausen, im Alter von 94 Jahren. — Josef Noudcker, Betriebsdirektor bei der Gogolin-Goraszder Kalk- und Cementwerke A.-G., Breslau. — Albert Oettli, Ingenieur der Firma Siemens-Schuckert in Madrid, am 12./4. — J. Shannon Stevenson, Direktor der Jarroon-on-Tyne Chemical Works in Bournemouth. — Dr. Henry Wilde, Alderley Edge, Cheshire, im Alter von 86 Jahren.

Aus anderen Vereinen und Versammlungen.**Bund angestellter Chemiker und Ingenieure.**

Geschäftsstelle: Berlin NW 52, Kirchstraße 2.

Am 10. und 11./5. hat in Halle die Gründungstagung des „Bundes angestellter Chemiker und Ingenieure“ stattgefunden. Der Bund ist durch Vereinigung des Bundes angestellter Chemiker und des Akademikerbundes der deutschen chemischen Industrie entstanden, über die schon mehrfach berichtet wurde (u. a. Angew. Chem. 32 [1919]). Er will die Interessen aller angestellten Chemiker und der in der chemischen Industrie angestellten Ingenieure und sonstigen Berufsverwandten auf gewerkschaftlicher Grundlage wahren und fördern. Sitz des Bundes ist Berlin, I. Vorsitzender Dr. A. Knorr (Agfa, Treptow), Geschäftsstelle Berlin NW 52, Kirchstr. 2. Weitere Vorstandsmitglieder sind: Dipl.-Ing. Fendt (Farbwerke Höchst), Dr. Höfchen (Farbenfabriken Leverkusen), Regierungsbaumeister Kleinböhl (Ammoniakwerke Merseburg der B. A. S. F.), Dr. Mittelstenscheid (Schering, Berlin), Dr. Reisenegger (Aucrgesellschaft, Berlin), Dr. Wallis (Agfa, Wolfen).

Auf der Tagung waren außer den Chemikern und Ingenieuren des Anilinkonzerns — die dem Bund so gut wie ausnahmslos angehören — Chemiker von vielen großen und kleinen Werken aus ganz Deutschland vertreten, daneben auch Chemiker aus mehreren staatlichen Betrieben und Instituten.

Aus dem Inhalt der von der Tagung angenommenen Satzung seien folgende Punkte erwähnt: als Mitglieder können Prokuristen aufgenommen werden, wenn sie unzweifelhaft den Charakter als Arbeitnehmer tragen. Die Ziele des Bundes werden mit allen gesetzlich zulässigen Mitteln verfolgt, doch ist die Anwendung wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen durch besondere Bestimmungen erschwert. Auf die gesetzlichen Beschränkungen, denen in Staatsbetrieben angestellte Mitglieder unterstehen, ist eigens Rücksicht genommen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 3 M monatlich.

Da der Bund seine Aufgaben nicht sämtlich allein verfolgen kann, auch wenn er sich so erfreulich weiterentwickelt wie bisher, so hat die Tagung dem Vorstand Richtlinien für die einzuschlagende Kartellpolitik gegeben, da insbesondere bei den großen Fragen des entstehenden Arbeiterrechtes die Zusammenarbeit verwandter Verbände erforderlich ist.

Aus den Reihen der dem Bunde angehörigen Ingenieure wurde der Wunsch nach einem, alle Angestellten mit Hochschulbildung umfassenden, gewerkschaftlichen Verbande geäußert. Das Werbegebiet eines solchen Verbandes würden außerhalb des Bundes hauptsächlich die zahlreichen Diplomingenieure der mechanischen Industriezweige bilden. Wenn ein solcher Verband zustande käme, würde der Bund in seinem jetzigen, nötigenfalls etwas geänderten Umfange, einen Teil der Gesamtorganisation bilden. Mit den Vorarbeiten für diese „Akademikergewerkschaft“ befaßt sich ein Ausschuß, dem folgende Herren angehören:

Dr. Wallis, Agfa-Wolfen,
Regierungsbaumeister Kleinböhl und
Dipl.-Ing. Klotzsch vom Ammoniakwerk Merseburg (Leuna-
werk der B. A. S. F.);
Dr. Moosbrugger, Chemische Fabrik Griesheim-Elektron
(Lautawerk b. Hoyerswerda).

I. A. der vorl. Geschäftsführer

Dr. Marcus.